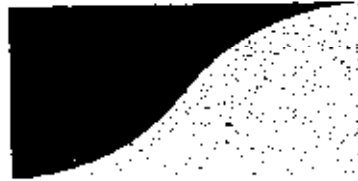


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Wolfgang Clement, Sprecher
des SPD-Vorstandes, zeigt,
daß die Union bei Rüstungs-
begrenzung und Abrüstung
nicht mitwirkt: Die Chance
verpaßt. Seite 1

Andreas von Bülow MdB,
Bundesforschungsminister,
setzt sich für den Erhalt
und die Neuschaffung von
Arbeitsplätzen ein: Ver-
stärkte Konzentrationen
auf Schlüsseltechnologien.
Seite 2

Wolf-Michael Catenhusen
MdB erläutert das Verhält-
nis der Union zur Friedens-
forschung: CDU/CSU mögen's
nur angepaßt. Seite 4

Hiesel Hartenstein MdB
fordert die Entgiftung der
Kfz-Abgase: Vorbild Schweiz.
Seite 5

Georg Schlaga MdB würdigt
die Wiedereröffnung des
Teltow-Kanals: Terminge-
recht Wort gehalten.
Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 109-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 228

30. November 1981

Die Chance verpaßt

Bei Rüstungsbegrenzung und Abrüstung wirkt die Union nicht
mit
Von Wolfgang Clement
Sprecher des SPD-Vorstandes

Bei der Union läuten jetzt die Alarmglocken. Nach dem Be-
such des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew in Bonn
und zum Auftakt der Genfer Verhandlungen zwischen Sowjets
und Amerikanern über die nuklearen Mittelstreckenwaffen sieht
sich die Opposition mit den Widersprüchen ihrer eigenen
Außenpolitik konfrontiert. Generalsekretär Heiner Geißler
selbst hat dies soeben offenkundig gemacht.

Vor den rheinischen CDU-Arbeitnehmern in Köln kritisierte
der Generalsekretär am Wochenende vor allem diese Tatbestände:

Erstens sei es falsch gewesen und gewissermaßen in Geschäfts-
führung ohne Auftrag geschehen, daß Sprecher der CDU/CSU
sich für eine Stationierung der Neutronenwaffe in der Bundes-
republik aussprachen, nachdem US-Präsident Reagan "lediglich"
die Produktion dieser Waffe in den USA angekündigt habe; und
zweitens sei es nicht sehr sinnvoll gewesen, daß Politiker
der Union schon vor Beginn des Breschnew-Besuches in Bonn
wie vor den Verhandlungen in Genf erklärten, "die Sache sei
von vornherein aussichtslos, da käme nichts dabei heraus".

Geißler hat es wohlweislich unterlassen, die Adressaten sei-
ner Kritik beim Namen zu nennen. Doch dem kann abgeholfen
werden: Die Befürworter der Neutronenwaffe für die Bundes-
wehr waren Leute wie Strauß, Zimmermann und Dregger. Und der-
jenige, der schon vorher wissen wollte, daß der Breschnew-
Besuch überflüssig sei, und der dann durch die Fakten wider-
legt worden ist, war wiederum der CSU-Vorsitzende Franz
Josef Strauß.

Nun hat der CDU-Generalsekretär versucht, die jetzt für die
Union so problematischen Äußerungen seiner Freunde als
semantische Fehlleistungen, als "falsche Sprache" herunter-



zuspielen. Doch das ist natürlich Unfug. In Wahrheit sind an diesen Punkten gravierende Meinungsunterschiede in der Union über deren außenpolitischen Kurs zutage getreten.

Anhand der Neutronenwaffen-Diskussion wird das sehr deutlich. Geißler hat jetzt erstmals eingestanden, daß Teile der Opposition diese Waffe für die Bundesrepublik eingefordert haben und daß sie damit noch über die gegenwärtigen amerikanischen Rüstungsziele hinausschossen. Das genau war es aber, was der Union den Vorwurf der "Raketenpartei" eintrug. Wenn der Generalsekretär deshalb heute von Aussagen "ohne Auftrag" spricht, dann wüßte man nur zu gern, wie denn dieser "Auftrag" aussieht. Die Antwort liegt auf der Hand: Es gibt keinen, weil es keine einverständliche außen- und sicherheitspolitische Linie der Union gibt. Es geschah ja nicht von ungefähr, daß diese Problematik auf dem jüngsten CDU-Parteitag in Hamburg nicht einmal andiskutiert wurde.

Aber mehr noch: Eine ehrliche Bestandsaufnahme der CDU/CSU müßte heute eigentlich mit dem Eingeständnis beginnen, daß die Opposition auch in der aktuellen Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen im Ursprung einseitig auf die Nachrüstung gesetzt und darüber die Verhandlungschancen, die sich jetzt in Genf eröffnen, diskreditiert hat. Es waren eben nicht nur Strauß, Zimmermann, Dregger, sondern es waren ebenso Helmut Kohl, Walter Leisler Kiep und Alois Mertes, die seit dem Sommer dieses Jahres gegen die "Null-Optionäre" in der Bundesrepublik vom Leder zogen.

Sie haben sich ja heute auch nicht eines anderen besonnen, weil sie bessere Einsichten in die deutsche und europäische Interessenlage gewonnen hätten. Sondern ihre Tonlage hat sich genau mit dem Zeitpunkt verändert, in dem die USA die "Null-Lösung" offiziell zu ihrem Verhandlungsziel erklärten. Das heißt zu deutsch: Die Union, die andere des "Anti-Amerikanismus" zieht, hat sich in der Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen wie in der Neutronenwaffen-problematik amerikanischer als die Amerikaner gebärdet, die inzwischen - nicht zuletzt auf deutschen Vorbehalt - offensichtlich die Risiken eines neuen Rüstungswettlaufs in Europa erkannt und darauf ihr Verhandlungskonzept eingestellt haben.

Fazit: Geißlers Versuch einer Selbstkritik endet, wenn man ihn ernst nimmt, mit einem für die Opposition niederschmetternden Ergebnis. Es lautet, daß die Opposition ihre Chance verpaßt hat, im Vorfeld bedeutender Ost-West-Verhandlungen an der Gestaltung einer Politik der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung für Europa mitzuwirken.
(-/30.11.1981/ks/ca)

+ + +



Verstärkte Konzentration auf Schlüsseltechnologien

Bestehende Arbeitsplätze sichern, dauerhafte Arbeitsplätze schaffen

Von Andreas von Bülow MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Unsere Volkswirtschaft steht in den 80er Jahren vor großen Herausforderungen. Wir sind ein rohstoff- und energiearmes Land und reagieren deshalb besonders empfindlich auf weltwirtschaftliche Veränderungen. Noch behaupten wir unseren Platz als exportstärkstes Land, auch wenn in den letzten beiden Jahren unsere Exportüberschüsse nicht ausgereicht haben, um das Leistungsbilanzdefizit zu verhindern. Die positive Ausnahme des letzten Monats mag ein Anzeichen dafür sein, daß unsere Chancen aber nach wie vor auf den Weltmärkten gut sind. Bemerkenswert: Es sind die forschungsintensiven Branchen - Chemie, Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau, - die im internationalen Wettbewerb am besten abschneiden. Aber es gibt auch Alarmsignale. Der Anteil technologieintensiver Güter an unserem Export hat in den letzten Jahren bei uns stagniert, anders als bei unseren Hauptkonkurrenten USA und Japan, am Import haben diese Güter hingegen zugenommen.

Neue zukunftsorientierte Technologien besitzen eine Schlüsselrolle für die Modernisierung unserer Wirtschaft und die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Nur wenn es dem Unternehmer in der Bundesrepublik Deutschland gelingt, auf technologischen Gebieten von zentraler Bedeutung den Anschluß an die internationale Entwicklung zu halten, werden sich bestehende Arbeitsplätze sichern und neue, dauerhafte Arbeitsplätze schaffen lassen. Dabei müssen Staat und Wirtschaft, ähnlich wie in den USA oder Japan, pragmatisch zusammenarbeiten. Zuviel Kraft ist in den letzten Jahren nach meiner Einschätzung auf ordnungspolitische Grundsatzfragen verschwendet worden. Zuwenig auf die Frage, welche Zukunft wir gemeinsam gestalten wollen. Darüber müssen wir als Regierung mit Gewerkschaften, mit der Wirtschaft eine Strategie und Einigung erzielen, statt Schuldzuweisungen zu verteilen. Der Staat hat dabei natürlich zunächst die Aufgabe, günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliche, soziale und politische Innovationen zu schaffen. Es ist aber für mich angesichts des internationalen Vergleichs nicht zweifelhaft, daß er darüber hinaus eine aktive, gestaltende Rolle hat.

Die zukünftige Ausrichtung der Förderung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie soll sich nach meiner Auffassung daher verstärkt auf solche Technologien konzentrieren, die - wie die Mikroelektronik oder die Biotechnologie - als Schlüsseltechnologien herausragende Bedeutung haben und auf viele Sektoren der Industriestruktur positive Auswirkungen haben. Nach allgemeinem Urteil werden von der Mikroelektronik und ihren Anwendungen die wichtigsten Impulse für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der 80er Jahre erwartet. Die Beherrschung dieser Technologie spielt insbesondere durch die Revolutionierung der Fertigungstechnik und den Einsatz von Robotern in der Produktion eine Schlüsselrolle im internationalen Wettbewerb. Die Mikroelektronik ermöglicht aber auch vielfach Problemlösungen, die wir zur Energieeinsparung oder zum Umweltschutz dringend benötigen. Zusätzlich zum hohen Mittelzuwachs für die Entwicklung der Mikroelektronik im Haushalt 1982 werden wir im kommenden Jahr im Rahmen eines Sonderprogramms zur beschleunigten Anwendung der Mikroelektronik, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen, 100 Millionen DM für eine zeitlich befristete Förderung nach einem vereinfachten Verfahren bereitstellen. In den nächsten Tagen erscheint eine Broschüre mit allen Einzelheiten des Programms. Sie stellt die hier erstmals in breiterem Maße angewandte Methode der indirekt-spezifischen Förderung vor.

Auch im Bereich der Nachrichtentechnik sind durch Integration optischer und elektronischer Komponenten Innovationen absehbar, die zu einer Modernisierung unserer Nachrichtenstruktur führen werden und zugleich erhebliche Exportchancen eröffnen. Die Bundesregierung hat hierzu 30 Millionen DM für 1982 im Rahmen eines befristeten Sonderprogramms vorgesehen. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie wird in intensiven Kontakten mit der Deutschen Bundespost als dem größten Nutzer dieser Technologie



Einsatz- und Beschaffungsstrategien entwickeln. Was die Mikroelektronik für die 80er, kann die Biotechnologie für die 90er Jahre werden. Die Anwendung unterschiedlicher Methoden, zum Beispiel in der Gentechnologie, hat in den letzten Jahren zu enormen Wissenssprüngen geführt. Die Verknüpfung dieser Erkenntnisse mit technischen Methoden eröffnet langfristig enorme Möglichkeiten für Nutzenanwendungen in Medizin, Pharmazie, Landwirtschaft, Chemie, Rohstoffsicherung und Umwelt. Ich beabsichtige, die Förderung der biologischen Wissenschaften auf eine breite Basis zu stellen und in einem eigenen Programm zusammenzufassen, um die zukünftige Nutzung der entstehenden neuen Technologien für unser Land zu sichern. Zur Zeit läuft ein intensiver Meinungsaustausch mit der chemischen und pharmazeutischen Industrie über geeignete zusätzliche Fördermaßnahmen sowohl der Grundlagenforschung als auch der Anwendung. Zusätzlich will ich mich durch eine noch zu berufende Kommission beraten lassen.

Eine generelle Erfahrung der vergangenen Jahre im Bereich der industrienahen technologischen Entwicklung muß in Zukunft stärker berücksichtigt werden. Es genügt nicht, eine neue Technologie zu entwickeln - die Bedingungen der industriellen Umsetzung und Akzeptanz einer neuen Technologie müssen frühzeitig bei der Förderung berücksichtigt werden. Diese Erfahrung ist angesichts der Situation der beiden fortgeschrittenen Reaktorlinien besonders deutlich geworden. Wir werden im Rahmen des Kohleveredelungsprogramms, das von der Bundesregierung kürzlich verabschiedet worden ist, diese Vorgehensweise Schritt um Schritt verwirklichen, wenn wir bei der Vorbereitung und Planung von ein oder zwei Großprojekten zur Kohleverflüssigung in enger Kooperation mit den Anlagenbauern und Betreibern vorgehen.

Ich werde des weiteren verstärkte Anstrengungen unternehmen, um das innovatorische Instrumentarium des Bundesministerium für Forschung und Technologie zu erweitern. Wir wollen die Großforschungseinrichtungen, die Fraunhofer-Gesellschaft aber auch neu hinzugekommene Beratungseinrichtungen, wie das VDI-Technologiezentrum Berlin, in diese Bemühungen mit einbeziehen. Meine besondere Aufmerksamkeit wird dem Problem innovativer Unternehmensgründungen gelten. Hier liegen Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Bereichen, die bei uns noch zu wenig genutzt werden. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen dauert zu lange; hier müssen wir effektiver sein. In besonderer Weise möchte ich hier auch mit den Banken und Kreditinstituten zusammenarbeiten, die - wie ich meine - eine noch bedeutendere Rolle in der Innovation spielen können. Ich werde einen Expertenkreis bitten, mir zu diesem Thema Vorschläge zu machen.

Abschließend einige Worte zur Grundlagenforschung:

Grundlagenforschung hat nicht nur eine wichtige Vorlauffunktion für die angewandte Forschung und spätere Nutzung, sondern hat eine eigenständige kulturelle Funktion. In unserem pluralistischen System liegt der Schwerpunkt der Grundlagenforschung und ihrer Förderung bei den Ländern und den Hochschulen. Aber auch das Bundesministerium für Forschung und Technologie gehört mit rund 30 Prozent seiner Mittel, das sind zur Zeit etwas über zwei Milliarden DM, zu den großen Mäzenen der Grundlagenforschung. Hier gilt es ganz besonders, kreative Entwicklungsräume für Wissenschaft und Forschung zu schaffen und zu sichern. Gute Forschung und erfolgreiche Entwicklung brauchen Freiräume, in denen neues und originelles sich entfalten kann und in denen Qualität und Leistung eine Chance haben, sich mit neuen Ideen durchzusetzen. Dies wird nur möglich sein, wenn die Wissenschaft sich zu Konkurrenz der Fachgebiete und Projekte untereinander bekennt im Hinblick auf Qualität und Leistungsbereitschaft, und bereit ist, ausgetretene Pfade zu Gunsten neuer noch ungesicherter Wege zu verlassen. Bei diesem Bemühen kann die Grundlagenforschung trotz der knappen Finanzlage auf meine uneingeschränkte Unterstützung rechnen. Die aktuellen Finanzzwänge können hier auch als positive Chance verstanden werden, in dem manche Routineforschung beendet wird und neue Aufgaben nur nach besonders sorgfältiger Prüfung und vielleicht auch mit einer durchaus gelegentlich hilfreichen Begrenzung des äußeren Aufwandes in Angriff genommen werden. (-/30.11.1981/ks/ca)

+ + +



CDU/CSU mögen's nur angepaßt

Das Verhältnis der Union zur Friedensforschung und zur Friedensbewegung bleibt gestört

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat mit Mehrheit den Antrag der CDU/CSU abgelehnt, die Finanzierung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung einzustellen. Damit ist auch nach der Entscheidung des Landes Baden-Württemberg, die DGFK zu verlassen, die Weiterführung der Arbeit dieser auf Initiative von Gustav Heinemann gegründeten Gesellschaft gesichert.

Das von der bayerischen Staatsregierung angeforderte Gutachten von Professor Arndt, einem Außenseiter unter den bundesdeutschen Politikwissenschaftlern, liefert aufschlußreiche Gründe, warum die Opposition so beharrlich gegen die Arbeit der DGFK anrennt.

Friedensforschung als Teil der Sozialwissenschaften ist der Union offensichtlich verdächtig, weil diese Forschung von ihrem Selbstverständnis her auf "Wirklichkeitsveränderung" aus ist. Die wissenschaftliche Ermittlung der Ursachen für Konflikte zwischen den Staaten, aber auch für innergesellschaftliche Konflikte sind immer eine Herausforderung bestehender Strukturen. Es ist bestürzend, daß die Union ausgerechnet in der gegenwärtigen Situation, in der die Friedensdiskussion besondere Anstrengungen erfordert, die Förderung von Friedensforschung aufkündigen will. Dies zu einem Zeitpunkt, wo Beiträge der Friedensforschung zu Alternativen der Friedenssicherung angesichts des anhaltenden weltweiten Rüstungswettlaufs hilfreich und notwendig sind.

Die Union will aber nicht nur eine "angepaßte Friedensforschung", sondern offensichtlich auch eine "angepaßte Friedensbewegung". Im Gutachten der bayerischen Staatsregierung wird pauschal der Vorwurf der "Sektenhaftigkeit" gegenüber politischen Friedensbewegungen übernommen. Friedensforschung ist der Union offensichtlich ein Dorn im Auge, weil sie Argumente für diejenigen liefert, die angesichts der atomaren Bedrohung die Suche nach neuen Wegen der Friedenssicherung für notwendig halten.

Verräterisch ist das Gutachten der bayerischen Staatsregierung auch deshalb, weil es offenlegt, in welchem Ausmaß die Union ein gestörtes Verhältnis zu den Sozialwissenschaften insgesamt besitzt. Professor Arndt hält die Entwicklung der deutschen Sozialwissenschaften pauschal für abwegig und spricht ihr die Wissenschaftlichkeit weitgehend ab. Wen verwundert es dann, daß die Union seit Jahren jegliche Förderung der Sozialwissenschaften durch den Bund ablehnt und so strikt die sozialwissenschaftliche Begleitforschung des Programms "Humanisierung der Arbeit" bekämpft?

Daß die Arbeit der DGFK auf dem richtigen Weg ist, zeigt sich auch daran, daß sie künftig ihren Beitrag zur Friedenserziehung in den Schulen leisten will, etwa durch Bereitstellung von Materialien für die schulische und außerschulische Friedenserziehung. Auch die Stiftung eines Gustav-Heinemann-Jugendbuchpreises ist hier ein hilfreicher Schritt.

Gerade die Jugend wird aufmerksam verfolgen, ob die Union aus ihren Fehlern gegenüber Friedensforschung und Friedensbewegung lernen wird. "Angepaßte Friedensforschung" und "Angepaßte Friedensbewegung" passen nicht zu einer lebendigen Demokratie.

(-/ 30.11.1981/hi/ca)



Entgiftung der Kfz-Abgase vorantreiben!

Neue Schweizer Bestimmungen ein Schritt zum umweltfreundlichen Kraftfahrzeug

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Entschluß des Schweizerischen Bundesrates, die zulässigen Abgaswerte in zwei Stufen ab 1. Oktober 1982 und ab 1. Oktober 1986 drastisch zu senken, ist aus gesundheits- und umweltpolitischer Sicht außerordentlich zu begrüßen. Damit schließt sich die Schweiz als zweites europäisches Land dem schwedischen Vorbild an und vollzieht in der Bekämpfung der Luftverschmutzung einen großen Schritt nach vorn. Die Bundesrepublik sollte die Gelegenheit wahrnehmen, als wichtiges Autoexportland die Entwicklung zum umweltfreundlichen Kraftfahrzeug zu forcieren und seine möglichst rasche Harmonisierung auf EG-Ebene zu erreichen.

Auch heute noch wird die Luftverschmutzung besonders in den Ballungsräumen und in den verkehrsreichen Innenstädten bis zu 90 Prozent vom Kraftfahrzeugverkehr verursacht. Die in der Vergangenheit erzielten Fortschritte in der Abgasreinigung sind bei weitem überholt worden durch das enorme Ansteigen des motorisierten Verkehrs insgesamt. So werden heute noch jährlich rund 6,5 Millionen Tonnen des hoch giftigen Kohlenmonoxyds, 350.000 Tonnen Stickoxyde, 200.000 Tonnen Kohlenwasserstoffe und 100.000 Tonnen Schwefeldioxyd aus den Auspuffrohren unserer Kraftfahrzeuge in die Luft gepustet. Und zwar auf Atemhöhe der Menschen, die in den Straßenschluchten der Städte sich unmittelbar neben dem Fahrzeugstrom bewegen.

In der USA wurden 1967 mit dem Clean Air Act bereits strenge Abgasvorschriften beschlossen, die entscheidende Grenzwertreduzierung trat 1974, also mit dem Modelljahr 1975, in Kraft. Seither bauen auch die deutschen Automobilhersteller - VW, Daimler-Benz, BMW und andere - ihre Exportwagen so, daß die Abgase nur noch das zulässige Minimum an Schadstoffen enthalten. Deutsche Firmen liefern ihnen dazu die für die Abgasreinigung erforderlichen Katalysatoren.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion haben sich im Oktober bei einer Informationsveranstaltung eingehend mit der Frage der Abgasentgiftung in unseren Kraftfahrzeugen befaßt.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten:

1. Technisch besteht heute die Möglichkeit, die schädlichen Bestandteile der Kfz-Abgase zurückzuhalten, und zwar bis zu 90 Prozent.



2. Als wirksame Methode zur Abgasreinigung hat sich die Verwendung von Katalysatoren bewährt, die in das Abgassystem eingebaut werden. Für das in den europäischen Ländern übliche bleihaltige Benzin wurden mittlerweile bleiresistente Katalysatoren entwickelt.
3. Die Verminderung der Abgase ist nicht mit einem höheren Kraftstoffverbrauch verbunden. Im Gegenteil, durch entsprechende technische Änderungen und präzisere Einhaltung der Einstelldaten des Motors können sogar Absenkungen des Verbrauchs eintreten. Der immer wieder behauptete Zielkonflikt zwischen Umweltfreundlichkeit und Treibstoffersparnis besteht also nicht. Wie der Bundesminister des Innern in seiner Antwort auf eine Anfrage mitteilt, führte die 1975 in den USA in Kraft getretene Grenzwertstufe bei den Neufahrzeugen des Modelljahres 1975 sogar zu einer Verbrauchssenkung von zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr.
4. In Serienfertigung würde die Abgasentgiftung pro Auto Mehrkosten von cirka 350 DM ausmachen.
5. Eine modifizierte Kraftfahrzeugsteuer, die das abgasarme, lärmgedämmte und energiesparende Fahrzeug honoriert, wäre ein geeignetes Instrument, den Käufer einerseits zum Erwerb eines umweltfreundlichen Autos zu veranlassen und andererseits die Mehrkosten durch die nach den genannten Kriterien neu gestaltene Kfz-Steuer ausgleichen.

Nach dem Stand der Dinge muß erwartet werden, daß die auf Frühjahr 1982 vertagten Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der Automobilindustrie über eine stufenweise Reduzierung zu rasch wirksamen Schritten führen. Die Ende Juli 1981 von seiten der Automobilhersteller versprochene Absenkung der Schadstoffe um 20 Prozent kann insofern nicht als Fortschritt gewertet werden, als die meisten Fahrzeugtypen diese Werte bereits erreichen. Der Bundesinnenminister ist in seiner Forderung zu unterstützen, daß ab 1985/86 drastisch reduzierte Grenzwerte Gültigkeit erlangen müssen. Weiterhin ist die Bundesregierung in ihrem Bemühen zu unterstützen, innerhalb der EG oder sogar ganz Europas ab diesem Zeitpunkt einheitliche, niedrige Grenzwerte durchzusetzen. Die Schweiz hat mit ihrer wegweisenden und mutigen Entscheidung jedenfalls eine Initialzündung ausgelöst. Auch die deutsche Autoindustrie, die in den ersten acht Monaten dieses Jahres rund 67.000 Personenwagen in die Schweiz geliefert hat, sollte zu der Erkenntnis gelangen, daß mit diesem Beschluß die Richtung gezeigt ist, in der's langgeht! Andernfalls muß der Gesetzgeber nachhelfen.

(-/30.11.1981/h1/ca)

+

+

+



Termingerecht Wort gehalten

Der Teltow-Kanal ein Beispiel praktischer Deutschland-Politik

Von Georg Schlaga MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Berliner Teltow-Kanal ist wieder befahrbar. 36 Jahre lang konnte der Kanal nur zum Teil und auf großem Umweg genutzt werden, weil zwölf Kilometer dieses Wasserweges durch die DDR verlaufen. Über 33 Jahre weigerte sich die DDR, diesen für Ost und West unbefriedigenden Zustand zu beseitigen.

Zähe Verhandlungen waren notwendig. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bewies mit dem Projekt "Teltow-Kanal" einmal mehr, daß ihre Deutschland- und Entspannungspolitik - nicht Schlagwort -, sondern praktische bevölkerungsnahe Arbeit ist.

Straßen verbinden die Menschen - auch Wasserstraßen. Mit der Wiedereröffnung des Teltow-Kanals im November 1981 hat die Bundesregierung einen weiteren wichtigen Schritt zur Verbesserung der Lebensumstände der Menschen in Berlin getan. Die Wiederinbetriebnahme dieser alten Berliner Wasserstraße hat vor allem innerstädtische Bedeutung. Für die Schifffahrt wird ein erheblicher Zeitgewinn erzielt. Dadurch wird die Versorgung der Westberliner Bevölkerung und Industrie mit lebenswichtigen Gütern vereinfacht und auch billiger werden.

Der Startschuß für die Wiedereröffnung des Teltowkanals fiel im November 1978. Nachdem die unterschiedlichsten Hemmnisse beseitigt wurden, konnte am 20. November 1978 mit den Vorbereitungsmaßnahmen zur Erneuerung des Kanals begonnen werden. Nach Vereinbarungen zwischen dem Senator für Bau- und Wohnungswesen in Berlin und dem Ministerium für Verkehrswesen in der DDR sollten die erforderlichen Baumaßnahmen innerhalb von drei Jahren von der DDR durchgeführt werden. Jetzt, am 20. November 1981, sind die Bauarbeiten fristgemäß abgeschlossen worden.

Die einzeln aufgeführten Baumaßnahmen, für die der DDR in mehreren Raten 70 Millionen DM von der Bundesregierung erstattet wurden, stellen sicher, daß die Wasserstraße die ihr in Zukunft zugewiesene Funktion erfüllen kann. Das Profil des Kanals, - früher



Im Treidelverkehr befahren, das heißt, die Schiffe wurden vom Ufer aus gezogen, wurde erweitert. Den heutigen Anforderungen an einen zweischiffigen Verkehr wird damit entsprochen.

Da von den alten Bauunterlagen für den Kanal in West und Ost kein Blatt mehr zu finden war, muß den DDR-Experten erst Mitte 1979 in vollem Umfang klargeworden sein, auf was sie sich da eingelassen hatten. Kilometerweise war unter der Sandschicht nichts als mieser Faulschlamm zu finden.

Wie die DDR-Kanalbauer bei diesen außerordentlichen Problemen auf Westberlins Territorium mit einem Festpreis von 70 Millionen Mark auf ihre Kosten gekommen sein wollen, stößt auf Schweigen. Doch auch Respekt schwingt mit. Auf Ostberliner Seite gibt man sich gelassen sicher: "Wetten, die Wände halten!"

Für die Binnengüterschifffahrt und die Berliner Wirtschaft bringt die Öffnung jetzt erhebliche verkehrliche und wirtschaftliche Vorteile, weil Fahrstrecke und Fahrzeiten erheblich verkürzt werden und die Industrieansiedlungen im Süden Berlins an Attraktivität gewinnen. Auch der internationale Durchgangsverkehr wird erleichtert.

Rund 1,2 Millionen Tonnen Fracht transportierten die Binnenschiffe bereits in der Vergangenheit jährlich zu oder von den etwa 30 Anliegern des Kanals. Von den ankommenden Produkten sind bis zu 70 Prozent Mineralölerzeugnisse und bis zu 30 Prozent Baustoffe. Aufgrund des jetzt nicht mehr notwendigen Umweges über Ostberliner Gewässer kann die Transportdauer jetzt um etwa einen bis zwei Tage verkürzt werden, was sich auch in den Preisen niederschlägt. Knapp zwei DM werden sie pro Tonne niedriger. Für die Berliner Elektrizitätswerke AG (Bewag) beispielsweise schlägt dieser Spareffekt in Millionenhöhe zu Buche.

Trotz weiterbestehender Meinungsunterschiede in grundsätzlichen Fragen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland - und trotz bestehender politischer Spannungen - ist also Kooperation in praktischen Fragen möglich und erfolgreich. Die beharrliche Fortsetzung dieser Politik wird zu weiteren positiven Ergebnissen im Interesse der Menschen in West und Ost unseres Landes führen. Die Lösung der Teltowkanal-Frage könnte vielleicht einmal als Modell für die Wieder-Inbetriebnahme und Erneuerung der Westberliner S-Bahn dienen, die heute - unter DDR-Regie - amputiert und unattraktiv ist und deshalb nur wenig genutzt wird.

(-/30.11.1981/hi/ca)

